



38/2010

Kiel, 22. Februar 2010

Die Themen der Plenartagung im Februar: Reform der Hartz-IV-Gesetzgebung steht zur Debatte

Kiel (SHL) – Zu seiner nächsten Sitzung kommt der Landtag ab Mittwoch, 24. Februar, 10:00 Uhr, im Plenarsaal in Kiel zusammen. Die Tagesordnung sieht vor, dass bis Freitagnachmittag getagt wird. Zu Beginn geht es in einer Aktuellen Stunde um die Konsequenzen aus der Debatte um die Reform der Hartz IV-Gesetzgebung. Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet plenum-online, die Internet-Zeitung des Landtages. Sie kann unter www.sh-landtag.de aufgerufen werden.

Mittwoch, 24. Februar 2010, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 1 Aktuelle Stunde zu den Konsequenzen aus der Debatte um die Reform der Hartz IV-Gesetzgebung, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Die Liberalen wollen im Rahmen einer Aktuellen Stunde über „Konsequenzen aus der Debatte um die Reform der Hartz-IV-Gesetzgebung“ diskutieren. Die öffentliche Debatte über das Hartz-IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die Zukunft des Sozialstaats hat in den letzten Wochen auch in Schleswig-Holstein hohe Wellen geschlagen. Anlass waren die Aussagen von FDP-Parteichef Guido Westerwelle, der in einem Beitrag für die Tageszeitung „Die Welt“ unter anderem beklagt hatte, die Diskussion nach der Karlsruher Entscheidung habe „sozialistische Züge“.

TOP 40 Frauentag wird Feiertag, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/273), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Linken wollen den 8. März in Schleswig-Holstein zum gesetzlichen Feiertag erklären. Der kurz Internationaler Frauentag oder Weltfrauentag genannte Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden wird weltweit von Frauenorganisationen am 8. März begangen. Angesichts „fortbestehender Gleichberechtigungsdefizite“ sei es von „hohem

symbolischen Wert“, den Gleichberechtigungsanspruch des Grundgesetzes durch einen Feiertag zu untermauern. Zudem gebe es in Schleswig-Holstein bundesweit die wenigsten Feiertage. Der 8. März ist weltweit in 26 Staaten ein gesetzlicher Feiertag. Er entstand in der Zeit um den Ersten Weltkrieg im Kampf um die Gleichberechtigung und das Wahlrecht für Frauen.

TOP 12 Änderung des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für Schleswig-Holstein, Gesetzentwurf der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE (Drs. 17/251). Erste Lesung, geplanter Aufruf 11:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Grünen und Linke bringen wollen erreichen, dass Polizeibeamte und Ordnungskräfte sich beim Einsatz grundsätzlich gegenüber dem Bürger ausweisen müssen. Zudem sollen Polizisten an der Uniform und am Helm entweder ihren Namen oder, falls sie ihren richtigen Namen nicht preisgeben wollen, eine andere Kennzeichnung tragen. Nach Willen der beiden Oppositionsfraktionen soll das Landesverwaltungsgesetz entsprechend geändert werden. Die bürgerfreundliche Polizei trete den Bürgern offen gegenüber und nicht länger als anonyme Staatsmacht, heißt es zur Begründung. In anderen Bereichen von Verwaltung und Justiz gelte diese Offenheitspflicht bereits, so die Grünen und die Linken. Auch im Bundesland Berlin gilt seit vergangenem Jahr die Pflicht für Polizeibeamte zur persönlichen Kennzeichnung mit Name oder Nummer.

TOP 18 Dritter Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/176), geplanter Aufruf 12:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Gleichstellung von Frauen ist trotz gesetzlicher Bemühungen auch im öffentlichen Dienst noch lange nicht erreicht. Das geht aus dem dritten Gleichstellungsbericht hervor, den die Landesregierung dem Landtag vorlegt. Nachdem das Thema im letzten Herbst wegen der vorgezogenen Landtagswahl nicht mehr behandelt wurde, fordern nun die Grünen eine Aussprache im Plenum. In dem Bericht wird deutlich, dass immer noch weniger als 20 Prozent der Frauen im öffentlichen Dienst Führungspositionen innehaben, trotz leichter Erhöhung in den letzten Jahren. Auch wenn der Frauenanteil im höheren Dienst zugenommen hat, ist er immer noch weitaus geringer als im wesentlich schlechter bezahlten mittleren Dienst. Im höheren Dienst ist die Gleichstellung der Geschlechter beinahe erreicht, der Anteil weiblicher Angestellter lag 2008 bei 49,5 Prozent. Hingegen sind im mittleren Dienst weit mehr als die Hälfte der Beschäftigten Frauen – mit steigender Tendenz. 2004 waren 78,1 Prozent der Angestellten in diesem Sektor weiblich, 2008 sogar 80,5 Prozent.

TOP 2 Gesetz zum Schutz der Natur, Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/108). Bericht und Beschlussempfehlung des Umwelt- und Agrarausschusses (Drs. 17/235), Zweite Lesung, geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der von CDU und FDP vorgelegte Entwurf zur Überarbeitung des Landesnaturschutzgesetzes steht vor der Verabschiedung. Die Koalition hat das Regelwerk mit einer Reihe von Ergänzungen durch die Beratungen im Umwelt- und Agrarausschuss gebracht – gegen das geschlossene Votum der Opposition.

Hintergrund ist das vom Bundestag im vergangenen Juli verabschiedete Bundesgesetz zu diesem Thema. Nach der ersten Föderalismusreform ist dieses Gebiet in die Hoheit des Bundes übergegangen, und die Länder haben lediglich bis zum 1. März 2010 Zeit für eigene Abweichungen in bestimmten Bereichen. Ein Beispiel für eine schleswig-holsteinische Abweichung vom Bundesgesetz ist der Küstenschutz. So soll bei der Unterhaltung von Deichen, Dämmen, Sperrwerken und Häfen wie auch des Deichvorlandes der Schutz des Menschen Vorrang haben gegenüber dem Naturschutz. In den Ausschussberatungen sind weitere Ergänzungen hinzugekommen. Sie betreffen zum Beispiel Ausgleichsflächen für die landwirtschaftliche Nutzung und das Vorkaufsrecht für den Naturschutz beim Flächenverkauf. Außerdem soll es den Kreisen künftig freigestellt werden, ob sie Naturschutzbeauftragte benennen.

TOP 19 Europäische Beschäftigungsinitiative - Chancen für Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/182), geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die SPD fordert die Landesregierung auf, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit künftig stärker auf Initiativen der Europäischen Union zu setzen. Insbesondere sollen mehr Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) ins Land geholt werden. Zudem unterstützen die Sozialdemokraten die Beschäftigungsinitiative der EU-Kommission, die von den Regierungen der Mitgliedsstaaten bislang noch nicht verabschiedet wurde. Die EU-Kommission hat im letzten Sommer Pläne für eine neue Beschäftigungsinitiative vorgelegt. Das Programm soll helfen, den von der Finanzkrise gebeutelten europäischen Arbeitsmarkt zu regenerieren. Zu den Kernzielen gehören der Erhalt bestehender Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Jobs. Zudem sind technische Ausbildungen, maßgeschneidert für die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, und eine Effizienzerhöhung der Jobberatung geplant. Innerhalb eines Jahres sollen demnach 19 Milliarden Euro vom Europäischen Sozialfonds für den Erhalt und die Schaffung neuer Jobs bereitgestellt werden.

TOP 26 Moratorium für die geplante Fehmarnbelt-Querung, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/256), geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Grünen fordern einen Bau- und Planungsstopp für die Fehmarnbelt-Querung. Sie sehen die Gefahr, dass die geplanten Bundesmittel für die Hinterlandanbindung des Brückenprojektes ausbleiben und dass dadurch erhebliche zusätzliche Kosten auf den Landeshaushalt zukommen. Die Oppositionsfraktion bezieht sich auf Presseveröffentlichungen aus dem Ja-

nuar. Demnach steht die Schienenanbindung der Brücke im Kreis Ostholstein auf der Kippe. In den Medien wird aus einem internen Papier der Deutschen Bahn zitiert wonach der Bau von bundesweit zehn großen Schienenprojekten bis 2025 wegen des Sparzwangs im Bundeshaushalt „nicht gesichert“ werden könne. Dazu zähle auch die Anbindung der Beltbrücke. Das Bundesverkehrsministerium hat hingegen Ende Januar erklärt, es gebe keine „Streichliste“. Es sei aber geplant, wie im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen, im Laufe des Jahres den „vordringlichen Bedarf“ zu überprüfen.

TOP 27 Auswirkungen des BVerfG-Urteil über Regelleistungen nach dem SGB II. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/257), geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Landesregierung soll auf Antrag der Grünen darlegen, wie sich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zur Neufestsetzung der Hartz-IV-Sätze in Schleswig-Holstein auswirkt. Zudem fordert die Oppositionsfraktion die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze einzusetzen. Nach dem Urteil von Anfang Februar müssen die Regelsätze für alle gut 6,5 Millionen Hartz-IV-Bezieher neu berechnet werden. Die bisherige Berechnungsmethode ist nach Ansicht der Karlsruher Richter intransparent und orientiert sich zu wenig an der Realität. Das Gericht forderte den Gesetzgeber bis zum 31. Dezember zu einer Neuregelung auf. Bis zur Änderung bleibt die bisherige Regelung gültig. Hartz-IV-Empfänger können aber von sofort an einen besonderen Bedarf geltend machen, wenn dieser durch die bisherigen Zahlungen nicht gedeckt ist. Das Bundesarbeitsministerium und die Bundesagentur für Arbeit haben sich bereits auf einen Härtefall-Katalog für Hartz-IV-Empfänger verständigt.

TOP 28 Solarförderung erhalten, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, geplanter Aufruf 17:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Grünen sperren sich gegen die von der Berliner Koalition angekündigte Kürzung bei der Solarstrom-Förderung und fordern die Landesregierung auf, per Bundesratsinitiative gegen die Pläne vorzugehen. Die Pläne seien „Gift für die heimische Solarwirtschaft“ und könnten einen „massiven Arbeitsplatzabbau in Schleswig-Holstein“ mit sich bringen, so die Befürchtung der Oppositionsfraktion. Nach Angaben der hat die Solarbranche bundesweit 60.000 Beschäftigte und einen jährlichen Umsatz von neun Milliarden Euro. Laut dem Erneuerbare-Energien-Gesetz erhalten die Betreiber von Solaranlagen je Kilowattstunde Strom einen Zuschuss von derzeit 43 Cent. Dieses Geld wird von den Stromverbrauchern über eine Umlage aufgebracht. Durch das Extra-Geld soll der umweltfreundlichen, aber noch kostenintensiven Sonnen-Technologie unter die Arme gegriffen werden.

TOP 16 Ersatzwahl in der Kammer der Gemeinden und Regionen (KGRE) des Europarates Wahlvorschlag der Fraktionen von SPD, CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE, SSW (Drs. 17/260), geplanter Aufruf 17:55 Uhr, geplante Redezeit 5 Minuten

Donnerstag, 25. Februar 2010, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 11 Änderung des Sparkassengesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/250). Erste Lesung, geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 70 Minuten

CDU und FDP streben eine Reform des Sparkassengesetzes an. Nach den Plänen der Regierungsfractionen sollen sich künftig öffentlich-rechtliche Institute aus ganz Deutschland mit bis zu 25,1 Prozent an Sparkassen in Schleswig-Holstein beteiligen dürfen. Auf diesem Wege wollen die Koalitionspartner die Kapitalbasis der Sparkassen im Land stärken. Die Beteiligung von Privaten und Landesbanken wird allerdings ausgeschlossen. Damit könnte sich möglicherweise auch die Hamburger Sparkasse (Haspa) nach Schleswig-Holstein ausdehnen, die in der Vergangenheit bereits Interesse an den Nord-Kassen bekundet haben soll. Hieran entzündet sich die Hauptkritik bei der Opposition im Landtag wie auch beim Sparkassen- und Giroverband. Denn: Es sei unklar, ob die Haspa aufgrund ihres besonderen rechtlichen Status ein öffentlich-rechtliches Institut sei. Falls nicht, könnte ein Einstieg der Haspa zur Folge haben, dass sich auch andere, privaten Geldhäuser bei den Sparkassen einklagten – unter Hinweis auf entsprechende EU-Bestimmungen. Hierdurch könnten Rendite-Interessen den Gemeinwohlanspruch der Sparkassen verdrängen, so die Befürchtung.

TOP 30 Flächendeckende hausärztliche Versorgung sicherstellen, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/261), geplanter Aufruf 11:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Koalitionspartner wollen den Hausärzte-Mangel im ländlichen Raum beseitigen. Sie fordern die Landesregierung auf, dem Problem „wirkungsvoll zu begegnen“ und dem Landtag hierüber zur Mai-Tagung einen schriftlichen Bericht vorzulegen. Zudem fordern CDU und FDP die Kassenärztliche Vereinigung (KV) und die Krankenkassen auf, ihre Bedarfsplanung, die in weiten Teilen aus dem Jahr 1993 stamme, zu überprüfen. Im letzten Herbst hat die KV Schleswig-Holstein in ihrem Versorgungsbericht eindringlich vor einem Mangel an Haus- und Fachärzten im ländlichen Raum gewarnt. Bis 2015 geht demnach fast die Hälfte aller Hausärzte des Landes in den Ruhestand. Bereits jetzt seien 22 Prozent der niedergelassenen Mediziner über 60, jedoch nur fünf Prozent jünger als 40 Jahre. Demgegenüber werden die Patienten aufgrund des demographischen Wandels immer älter und benötigen eine intensivere Betreuung.

TOP 51 Nachhaltigkeitsbericht 2009, Federführend ist das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (Drs. 17/170), geplanter Aufruf 11:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

„Wir wollen unseren Kindern und nach Möglichkeit allen Kindern dieser Erde eine Welt hinterlassen, die ökologisch, sozial und ökonomisch intakt ist“ – unter diesem Leitbild steht die „Nachhaltigkeitsstrategie“ des Landes, die die Landesregierung nun in ihrem über 100 Seiten starken Nachhaltigkeitsbericht darstellt. Fünf „Leitthemen“ stehen im Zentrum - **Klimawandel:** Die Landesregierung stellt sich hinter das Ziel des Bundes, die Kohlendioxid-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu senken, um die globale Erwärmung auf zwei Grad im Vergleich zum vorindustriellen Niveau zu begrenzen. **Demographischer Wandel:** Die Einwohnerzahl Schleswig-Holsteins wird in den nächsten Jahrzehnten sinken, gleichzeitig werden deutlich mehr ältere Menschen im Lande leben als zurzeit. Um dieser Entwicklung zu begegnen, will sich die Landesregierung bei der Landesentwicklung auf „Schwerpunkte“ in den Zentralen Orten und an den Rändern der großen Städte konzentrieren. **Wachstum und Innovation:** Wirtschaftswachstum soll das Einkommen der Bevölkerung sichern und den „natürlichen Rahmen“ schonen, so der Bericht. Entsprechend konzentriert sich die Förderpolitik des Landes auf Zukunftsbranchen wie die Gesundheitswirtschaft, die Maritime Wirtschaft, Informationstechnologie, Mikro- und Nanotechnologie oder auch Tourismus. **Bildung:** Die Themen Klimawandel, Artenvielfalt und globale Gerechtigkeit sollen in allen Phasen des Lernens berücksichtigt werden **Kooperation:** Nur „große Einheiten“ können laut dem Regierungspapier im globalisierten Wettbewerb konkurrenzfähig sein. Deswegen wird die Zusammenarbeit im Ostseeraum und mit Süddänemark genauso in den Vordergrund gestellt wie Kooperation mit den anderen norddeutschen Bundesländern, insbesondere in der Metropolregion Hamburg.

TOP 31 Ausbau des Breitbandnetzes, Antrag der Fraktion von CDU und FDP (Drs. 17/262), geplanter Aufruf 12:20, geplante Redezeit 35 Minuten

Auf Antrag von CDU und FDP soll die Landesregierung darlegen, wie der flächendeckende Ausbau des Internet-Breitbandnetzes in Schleswig-Holstein vorankommt. Das Wirtschaftsministerium hat im vergangenen Jahr eine Breitbandstrategie vorgestellt. Grundlage hierfür war der „Masterplan Breitband“, den das Potsdamer Beratungsunternehmen ITCcon erstellt hat. Das 150 Seiten starke Papier stellt fest, dass insbesondere der ländliche Raum „massiv“ unter einer Unterversorgung leide. Aber auch in den Städten müsse im Laufe der nächsten zehn Jahre nachgebessert werden, da ansonsten „Versorgungsengpässe mit erheblichen Beeinträchtigungen der Standortattraktivität und Lebensqualität“ drohten. Vor diesem Hintergrund hat sich die Landesregierung das Ziel gesetzt, bis Ende dieses Jahres eine „weitgehend flächendeckende Grundversorgung“ mit Übertragungsraten von mindestens einem Megabit pro Sekunde zu erreichen. Bis 2020 soll dann in einem zweiten Schritt vor allem durch den Ausbau des Glasfasernetzes eine Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsleitungen von

100 Megabit pro Sekunde sichergestellt werden. Die Kosten für diesen Modernisierungsschub beziffert das Potsdamer Gutachten auf ein bis zwei Milliarden Euro. Hiervon entfallen rund 70 Prozent auf den Tiefbau.

TOP 35 Geeignete Sammelsysteme für nicht verwendete oder abgelaufene Arzneimittel bereitstellen, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 17/266), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der SSW fordert die Landesregierung auf, umgehend mit den anderen Bundesländern in Verhandlungen zu treten, um über den Bundesrat ein bundesweites Sammelsystem für nicht verwendete oder abgelaufene Arzneimittel zu schaffen. Damit sollen insbesondere die Probleme von Apotheken gelöst werden, die zurzeit auf zurückgegebenen Arzneien und Verpackungen sitzen bleiben. Das bisherige, von den Herstellern organisierte Abholssystem („VfW Remedica“) besteht nicht mehr. Grund ist dem Unternehmen zufolge eine Änderung in der Verpackungsverordnung. Seit Anfang letzten Jahres können auch Verpackungen von Arzneimitteln über die gelbe und die blaue Tonne sowie über den Glascontainer entsorgt werden. Damit sei das Medikamenten-Sammelsystem nicht mehr wirtschaftlich.

TOP 39 Ausbau der Windenergie voranbringen, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/272), geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

CDU und FDP wollen den Ausbau der Windenergie in Schleswig-Holstein voranbringen. Der aktuelle Erlass zur Planung von Windkraftanlagen behindert nach Auffassung der Koalitionsfraktionen durch seine Überregulierung den Ausbau der Windkraft. Die Initiative von CDU und FDP sieht vor, dass die Abstandsregeln für Windkraftanlagen an die anderer windreicher Bundesländer wie Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg angeglichen werden. Um die Balance zwischen den Interessen von Anwohnern und Windkraftbetreibern zu erreichen, will die Koalition die Bundesstandards des Bundesimmissionschutzgesetzes und der „Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ zur Orientierung nutzen. Auch eine Ausweitung der Windflächen im Landesentwicklungsplan (LEP) ist vorgesehen. Derzeit sind ein Prozent der Landesfläche zur Winderzeugung vorgesehen – im Gespräch ist eine Aufstockung auf 1,3 bis 1,5 Prozent. Mit 809 Windkraftanlagen liegt der Kreis Dithmarschen im Land weiterhin an der Spitze, vor Nordfriesland mit 612, Schleswig-Flensburg mit 385 und Ostholstein mit 310. Jede neue Anlage hat im Durchschnitt eine Leistung von 2,3 Megawatt. Im Land stehen aber auch noch viele alte Rotoren, die nur auf 500 Kilowatt kommen.

TOP 24 Optionszwang abschaffen, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/253), geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Grüne und SPD wollen das so genannte Optionsmodell im Staatsbürgerschaftsrecht abschaffen. Es sieht vor, dass Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren sind,

nur bis zum 18. Geburtstag die doppelte Staatsangehörigkeit haben dürfen. Mit der Volljährigkeit müssen sie sich dann für die deutsche oder die Nationalität des Herkunftslandes ihrer Eltern entscheiden. Hiergegen soll die Landesregierung per Bundesratsinitiative vorgehen. Hierfür legen die Sozialdemokraten bereits einen entsprechenden Gesetzestext vor. Nach Auffassung der Sozialdemokraten „tickt eine integrationspolitische Zeitbombe“. Bald stünden jedes Jahr 40.000 Menschen vor der Alternative: deutscher oder ausländischer Pass. Dies werde in ihnen möglicherweise Zweifel an ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft wecken. Zudem, so die SPD, verstoße der Optionszwang gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes: Er werde seit 2007 für Kinder aus EU-Familien nicht mehr angewendet, gelte aber für Jugendliche zum Beispiel aus türkischen Familien immer noch.

TOP 41 Resolution - Für ein friedliches und solidarisches Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion DIE LINKE, (Drs. 17/274), geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Mit Blick auf den für den 27. März vorgesehenen Aufmarsch von Rechtsextremen in Lübeck unterstützt die Fraktion Die Linke die geplanten Gegenaktionen: Prozessionen, Demonstrationen und Blockaden seien Ausdruck des „zivilgesellschaftlichen Engagements der demokratischen Öffentlichkeit“ gegen die „Ewiggestrigen“. In ihrem Resolutionsentwurf für den Landtag fordert die Oppositionsfraktion zudem die Förderung von „antifaschistischen Initiativen“ sowie von Schulprojekten gegen Fremdenhass und Antisemitismus. Der Aufmarsch der Rechten soll am Jahrestag des alliierten Bombenangriffs auf die Hansestadt am 27. März 1942 stattfinden und knüpft damit an einen ähnlichen Aufmarsch in Dresden an. Dort waren am 13. Februar etwa 6.000 Rechtsextreme aus dem ganzen Bundesgebiet zum Jahrestag des Bombenangriffs auf die Elbmetropole zusammengekommen. 12.000 Gegendemonstranten, darunter namhafte Politiker aller Parteien, hatten hiergegen protestiert und zugleich der Opfer des Angriffs gedacht.

TOP 43 Reform der EU Agrar- und Umweltpolitik 2013 - Instrumente und Förderung ausrichten an den Zielen Umwelt und Beschäftigung, Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/276), geplanter Aufruf 17:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Grünen fordern eine Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik für die 2013 beginnende neue Förderperiode. Die landwirtschaftliche Produktion soll sich nach Vorstellung der Oppositionsfraktion künftig ausschließlich am Markt orientieren – eine Überproduktion, wie etwa durch die Milchquote und durch festgelegte Mindestpreise, soll es nicht mehr geben. Auch die Exportsubventionen, mit denen überschüssige EU-Agrarprodukte auf den Weltmarktpreis abgesenkt werden, sollen entfallen. Stattdessen bauen die Grünen darauf, die Entwicklung des ländlichen Raumes am Prinzip der „Nachhaltigkeit“ zu orientieren. Klimaschutz, Arten-

vielfalt, Wassermanagement und der Ausbau der erneuerbaren Energien sollen ins Zentrum rücken.

Freitag, 26. Februar 2010, 10:00 bis 14:00 Uhr

TOP 29 Für den Erhalt der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung, Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/259(neu)), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 40 Minuten

SPD und Grüne pochen auf eine „solidarische Kranken- und Pflegeversicherung“ und stellen sich damit gegen die Reformpläne von Bundesgesundheitsminister Philip Rösler (FDP). Der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag sieht eine „weitgehende Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten“ vor. Dabei soll der Arbeitgeberanteil stabil bleiben. Nach Röslers Vorstellung soll der bislang von der Höhe des Gehalts abhängige Arbeitnehmeranteil in einen einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeitrag“ umgewandelt werden. Demgegenüber machen sich Rot und Grün im Lande für die „paritätische Finanzierung“ der Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Festsetzung der Beiträge entsprechend der Leistungsfähigkeit der Mitglieder stark. Derzeit zahlen die Arbeitgeber sieben Prozent und die Arbeitnehmer 7,9 Prozent des Bruttolohns in den ebenfalls umstrittenen Gesundheitsfonds.

TOP 22, 33, 36 und 46 Anträge zur Schaffung und zum Erhalt der Optionskommunen, Antrag „Grundgesetzänderung notwendig - Zukunft der ARGEn sichern“. Anträge der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/230), SSW (Drs. 17/264) und SPD (Drs. 17/267) Anträge zu

a) Unverzögliche Neuordnung der Trägerschaft im SGBII Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/22 und

b) Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand erhalten, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/37). Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 17/203), geplanter Aufruf 10:40 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Im Landtag herrschen unterschiedliche Vorstellungen, wie die Arbeitsverwaltung künftig aufgestellt werden soll. Umstritten ist insbesondere das so genannte Optionsmodell, bei dem die Kreise die Betreuung von Langzeitarbeitslosen in Eigenregie übernehmen – ohne die Bundesagentur für Arbeit (BA). Koalition und SSW wollen dieses Modell ausweiten, SPD und Grüne sprechen sich hingegen nur dafür aus, die bestehenden Optionskommunen, im Lande sind dies die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg, zu erhalten.

Hintergrund: Die Jobcenter, in denen die Langzeitarbeitslosen betreut werden, müssen bis Ende des Jahres auf eine neue rechtliche Grundlage gestellt werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte die Mischverwaltung von Arbeitsagenturen und Kommunen beanstandet. Dies soll nach Willen der schwarz-gelben Koalition in Berlin und der Bundes-SPD durch eine

Grundgesetzänderung erreicht werden. Für die Zwei-Drittel-Mehrheit zur Änderung der Verfassung benötigt die schwarz-gelbe Koalition die Stimmen der SPD – hierüber laufen derzeit Gespräche. Bei den Optionskommunen wollen Union und FDP deutlich die derzeitige Zahl von bundesweit 69 deutlich aufstocken, die SPD ist aber nur zu einer begrenzten Erhöhung bereit.

TOP 45 Sicherung des Landestheaters Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW (Drs. 17/280), geplanter Aufruf 11:15 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

SPD, Grüne und SSW fordern die Landesregierung auf, die Zuschüsse für die Theater über den Kommunalen Finanzausgleich zu erhöhen. Damit wollen sie insbesondere das von der Insolvenz bedrohte schleswig-holsteinische Landestheater entlasten. Die Landeszuweisungen für Theater und Orchester sind seit 2009 bei 36,7 Millionen Euro pro Jahr eingefroren. Die drei Oppositionsfraktionen im Landtag wollen die geforderte Aufstockung der Zuschüsse allerdings auf drei Jahre begrenzen. In dieser Zeit sollen die Theaterstrukturen im Land überprüft werden. Denn: Auch die beiden anderen öffentlich geförderten Mehrspartenbühnen in Kiel und Lübeck klagen über klamme Kassen. Das Landestheater mit seinen zwölf Spielstätten hat in diesem Jahr einen Etat von 20,7 Millionen Euro. 80 Prozent davon sind Personalkosten. 13,3 Millionen kommen vom Land, vier Millionen von den Gesellschaftern. Dies sind Kommunen und Kreise aus dem Norden des Landes und von der Westküste.

TOP 49 Bericht zur politischen Bildung 2009, Federführend ist das Ministerium für Bildung und Kultur (Drs. 17/70), geplanter Aufruf 11:50 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Seit 1994 berichtet die Landesregierung dem Landtag einmal pro Legislaturperiode über die Situation der politischen Bildung in Schleswig-Holstein. Aufgrund der vorgezogenen Neuwahl im vergangenen Jahr hat das zuständige Bildungsministerium den Bericht erst in der neuen Wahlperiode vorgelegt. Politische Bildung findet im Land demnach auf verschiedenen Ebenen statt. Hier einige Beispiele aus dem Regierungsbericht:

- Mit der G8-Reform wird das Unterrichtsfach Wirtschaft/ Politik nun auch an Gymnasien in der Sekundarstufe 1, ab Jahrgang 8, unterrichtet. An den Hauptschulen wird es in den Klassen 8 und 9, an den Realschulen in der 9. und 10. Klasse erteilt. Seit dem Schuljahr 2008/ 2009 kann WiPo auch in der Sekundarstufe 2 im gesellschaftswissenschaftlichen Profil der Oberstufe profilgebendes Fach sein.
- Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Alltagsleben hat die Landesregierung seit 2005 als jugendpolitisches Schwerpunktthema im Kinder- und Jugendaktionsplan Schleswig-Holstein verankert. Unter dem Handlungsfeld „Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement stärken“ werden drei verschiedene Leitprojekte unterstützt.

- Die Volkshochschulen im Land haben 2007 zur politischen Bildung insgesamt 1.553 Kurse und 1.085 Einzelveranstaltungen abgehalten. Mehr als 68.000 Interessierte nahmen daran teil.
- Die Landeszentrale für politische Bildung mit Sitz in Kiel veranstaltet Seminare und Studienreisen, organisiert öffentliche Ausstellungen und stellt der Öffentlichkeit gegen geringes Entgelt Publikationen zur Verfügung.
- Der Landtag fördert durch die jährlichen Veranstaltungen „Jugend im Landtag“ und „Altenparlament“ sowie durch weitere öffentliche Veranstaltungen und Besuchsprogramme den Einblick in die parlamentarische Arbeit. 2009 nahmen mehr als 11.000 Besucher das Bildungsangebot im Landeshaus wahr. Durch seine Publikationen wie die Zeitschrift „Der Landtag“ und die Internet-Zeitung „plenum-online“ informiert das Landesparlament über seine Arbeit.

TOP 52 UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer, Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, DIE LINKE und SSW (Drs. 17/81(neu)), Landtagsbeschluss vom 18. Dezember 2009. Federführend ist das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (Drs. 17/228), geplanter Aufruf 12:25 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Nach Ansicht der Landesregierung kann die im letzten Jahr vergebene Auszeichnung des Wattenmeers als UNESCO-Weltnaturerbe den Tourismus in der Region einen großen Schritt voranbringen. Das geht aus einem Bericht des Umweltministeriums hervor, den die Grünen beantragt hatten. Das Papier beruft sich auf Marktstudien, wonach eine intakte Natur für 80 Prozent der Deutschen eine große Rolle bei der Wahl des Urlaubsorts spielt. Vor diesem Hintergrund könne sich die Westküste aufgrund der Auszeichnung zukünftig besser im Markt profilieren, so das Ministerium. Bereits jetzt belegen Studien, dass ein knappes Drittel der Bundesbürger den UNESCO-Titel als zusätzliches Argument betrachtet, ihren Urlaub am Watt zu verbringen. Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren an der Westküste. Allein im Hotel- und Gaststättengewerbe gibt es in der Region 38.000 Arbeitsplätze. Der Fremdenverkehr trägt 37 Prozent des Volkseinkommens an der Nordsee bei. 16 Millionen Gäste besuchen jährlich das schleswig-holsteinische Wattenmeer.

TOP 53 Entwicklungsperspektive des Flughafens Lübeck-Blankensee, Federführend ist das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr (Drs. 17/238), geplanter Aufruf 13:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Landesregierung sieht beim geplanten Ausbau des Flughafens Lübeck-Blankensee in erster Linie die Stadt in der Pflicht, die derzeit alleiniger Anteilseigner der Flughafen GmbH (FLG) ist. Sollte die Bürgerschaft die laut dem „Take-Off-Konzept“ nötigen Investitionsmittel in Höhe von vier Millionen Euro freigeben, wäre auch das Land bereit, Geld beizusteuern.

Das geht aus einem Bericht des Wirtschaftsministeriums hervor, den der Landtag im Januar angefordert hat.

Der Entwicklungsplan für den Airport setzt darauf, die Landebahn zu verlängern und die Zahl der abgefertigten Passagiere von 700.000 im letzten Jahr auf 2,2 Millionen im Jahr 2015 aufzustocken. Wenn dies gelingt, würde der zurzeit defizitäre Flughafen Gewinne abwerfen. Die Betreiber setzen darauf, dass die irische Fluglinie Ryanair, Hauptnutzer der Anlage, eine so genannte Base zur Stationierung von Flugzeugen in Blankensee errichtet. Dies ist laut dem Regierungsbericht aber erst dann möglich, wenn die Lübecker Bürgerschaft das Geld für den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau freigibt. Im vergangenen November hat es die Stadtvertretung aber abgelehnt, die hierfür erforderlichen Vier Millionen Euro bereitzustellen. An diesem Punkt setzt die Kritik des Ministeriums an: „Es ist derzeit unklar, ob der Alleingesellschafter der FLG, die Hansestadt Lübeck, den Ausbau weiterverfolgen will und kann“, heißt es in dem Papier. Ohne die vier Millionen hat die Planfeststellung für den Ausbau nach Überzeugung der Landesregierung zudem vor dem Oberverwaltungsgericht Schleswig keine Chance. Dort klagen Anwohner gegen die Blankensee-Erweiterung.

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter www.sh-landtag.de unter *plenum-online*. Die Februar-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des Dienstag, 23. Februar 2010, ab ca. 16:00 Uhr ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Der Sender Kiel TV (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen und per Live-Stream im Internet unter www.okkiel.de.

Reihenfolge der Beratung der 5. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**. Sofern zu dem Redaktionsschlussstermin einer Aktuellen Stunde ein Antrag gestellt wird, erfolgt eine Anpassung der Reihenfolge der Beratung.

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 24. Februar 2010			
1	Aktuelle Stunde zu den Konsequenzen aus der Debatte um die Reform der Hartz IV-Gesetzgebung	60	10:00
40	Frauentag wird Feiertag	35	11:00
12	Änderung des Allgemeinen Verwaltungsgesetzes für Schleswig-Holstein	35	11:35
18	Dritter Bericht zur Durchführung des Gesetzes zur Gleichstellung der Frauen im öffentlichen Dienst	35	12:10
2 Gesetz zum Schutz der Natur			
19	Europäische Beschäftigungsinitiative - Chancen für Schleswig-Holstein	35	15:35
26	Moratorium für die geplante Fehmarnbelt-Querung	35	16:10
27	Auswirkungen des BVerfG-Urteil über Regelleistungen nach dem SGB II	35	16:45
28	Solarförderung erhalten	35	17:20
16	Ersatzwahl in der Kammer der Gemeinden und Regionen (KGRE) des Europarates	5	17:55
Donnerstag, 25. Februar 2010			
11	Änderung des Sparkassengesetzes	70	10:00
30	Flächendeckende hausärztliche Versorgung sicher stellen	35	11:10
51	Nachhaltigkeitsbericht 2009	35	11:45
31	Ausbau des Breitbandnetzes	35	12:20
35	Geeignete Sammelsysteme für nicht verwendete oder abgelaufene Arzneimittel bereitstellen	35	15:00
39	Ausbau der Windenergie voranbringen	35	15:35
24	Optionszwang abschaffen	35	16:10
41	Resolution - Für ein friedliches und solidarisches Schleswig-Holstein	35	16:45
43	Reform der EU Agrar- und Umweltpolitik 2013 - Instrumente und Förderung ausrichten an den Zielen Umwelt und Beschäftigung	35	17:20
Freitag, 26. Februar 2010			
29	Für den Erhalt der solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung	40	10:00
22,	⇒ Anträge zur Schaffung und zum Erhalt der Optionskommunen	35	10:40
33,	⇒ Antrag „Grundgesetzänderung notwendig - Zukunft der ARGEn sichern“		
36	und ⇒ Anträge zu		
46	a) Unverzögliche Neuordnung der Trägerschaft im SGBII und b) Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand erhalten		
45	Sicherung des Landestheaters Schleswig-Holstein	35	11:15
49	Bericht zur politischen Bildung 2009	35	11:50

TOP		angemeldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
52	UNESCO-Weltnaturerbe Wattenmeer	35	12:25
53	Entwicklungsperspektive des Flughafens Lübeck-Blankensee	35	13:00

Zu folgenden Tagesordnungspunkten ist eine Aussprache nicht vorgesehen:

TOP		
14	Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes und des Landeswahlgesetzes	5
48	Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses in der Zeit vom 01.10.2009 bis 31.12.2009	5

Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (Sammeldrucksache 17/290):

TOP	
3	Staatsvertrag über die Errichtung einer Übertragungsstelle für Milchquoten
4	Staatsvertrag über die Einrichtung eines nationalen Mechanismus zur Umsetzung des Fakultativprotokolls zum VN-Abkommen gegen Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe
5	Abkommen und Staatsvertrag zum Bau und Betrieb der Europäischen Freie-Elektronen-Röntgenlaseranlage
6	Gesetz zum Vertrag zwischen dem Bund und den Ländern über die Errichtung des IT-Planungsrates
7	Gesetz zur Umsetzung der Europäischen Dienstleistungsrichtlinie in Schleswig-Holstein
8	Änderung des Landeswassergesetzes und anderer wasserrechtlicher Vorschriften
9	Staatsvertrag über die Unterbringung und Behandlung von Gefangenen der Justizvollzugsanstalten des Landes Schleswig-Holstein im Zentralkrankenhaus der Untersuchungshaftanstalt Hamburg
10	Änderung des Fischereigesetzes für das Land Schleswig-Holstein
17	Bundeszuschuss für Kosten der Unterkunft und Heizung
20	Neustrukturierung der Landesbanken
23	Situation des Glücksspiels in Schleswig-Holstein
25	Unerwartete Kostensteigerungen im UKSH rückhaltlos aufklären
32	Keine Gewalt gegen Polizeibeamte
34	Bericht Rundfunkgebühren-Staatsvertrag
37	Sachstand Hochbegabtenförderung
42	Möglichkeit der getrenntgeschlechtlichen Unterbringung in Wohnheimen für Frauen mit körperlichen und/oder geistigen Behinderungen realisieren
47	Innenministerkonferenz

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

13	Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein
15	Gesetz zur Lehrerbildung
21	Barrierefreiheit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk
38	Verbesserung der Standortbedingungen für das Handwerk in Schleswig-Holstein
44	Unterstützung der Kulturhauptstadt Sønderborg
50	Schutzmaßnahmen in Vogelschutz- und FFH-Gebieten